1.1 Chance Unternehmensinvestitionen: Kapital für den Standort

Investitionen schaffen die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Wohlstand – doch in den deutschen Unternehmen herrscht seit Jahren eine hartnäckige Investitionszurückhaltung. Von 2019 bis 2025 sind die Unternehmensinvestitionen preisbereinigt um rund 8 % zurückgegangen. Gemessen am BIP liegen sie heute so niedrig wie bisher nur in den tiefsten Rezessionen. Während sich im vergangenen Jahr zeitweise noch eine Stabilisierungstendenz angedeutet hat, droht durch die Folgen des Iran-Kriegs nun ein weiterer Rückgang der Investitionstätigkeit. Auch die Bereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen, Investitionsvorhaben anzugehen, verharrt seit Jahren auf niedrigem Niveau.

Die Wirtschaftspolitik muss daher an allen Investitionshemmnissen ansetzen. Laut Unternehmensbefragungen zählen hierzu insbesondere die konjunkturelle Schwäche, die hohe Bürokratiebelastung sowie die Kosten für Energie und Arbeit.

Um die Wachstumsperspektiven zu verbessern, kann die mit den Sondervermögen ermöglichte staatliche Investitionsoffensive als Initialzündung dienen, wenn im gegenwärtigen Konjunkturtief ein zügiger Mittelabfluss erfolgt. Ergänzend dazu sind befristete, zielgerichtete Investitionsprämien zu prüfen, vor allem für Transformationsbereiche wie Klimainvestitionen und Digitalisierung. Zudem gilt es, den Zugang zu Finanzierungsmitteln durch eine Überprüfung und strategische Weiterentwicklung der Förderlandschaft entlang der Säulen Eigenkapital, Mezzanine-Kapital und Fremdkapital zu sichern.

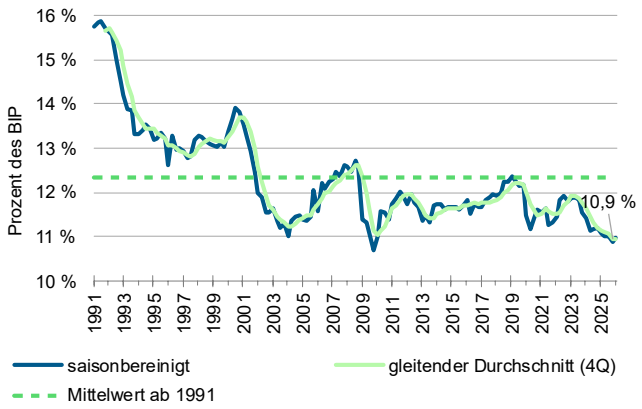
Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Abbau von Bürokratie durch die Vereinfachung oder Reduktion staatlicher Regulierungen und Berichtspflichten auf nationaler und europäischer Ebene sowie in der Steigerung der Effizienz der Verwaltungspraxis. Schließlich sollten Kosten gesenkt werden, indem die Energiewende kosteneffizient vorangetrieben und Lohnnebenkosten durch geeignete Sozialreformen begrenzt werden.

Unternehmensinvestitionen im Abwärtstrend

Investitionen schaffen die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Wohlstand, indem sie die Produktionskapazitäten erhöhen oder modernisieren. Dabei kommt es vor allem auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen an, die gut die Hälfte aller Investitionen in Deutschland tätigen.[1] Leider herrscht bei den Unternehmen in Deutschland aber seit einigen Jahren eine ausgeprägte Investitionszurückhaltung. Von 2019 bis 2025 sind die Unternehmensinvestitionen (preis- und kalenderbereinigt) um 8,3 % zurückgegangen. Nach einer zeitweisen Stabilisierungstendenz gab es am Ende des vergangenen Jahres einen deutlichen Rückschlag. Frühindikatoren für die weitere Investitionsentwicklung sind außerdem schon vor dem Angriff auf den Iran nur durchwachsen ausgefallen und haben sich durch den Krieg am Golf weiter eingetrübt.

Auch in einer langfristigen Betrachtung sind die Unternehmensinvestitionen derzeit bemerkenswert schwach: Im Durchschnitt der letzten vier Quartale beliefen sie sich nur auf 10,9 % des Bruttoinlandsprodukts, was so niedrig ist wie bisher nur während der globalen Finanzkrise im Jahr 2009. Grob überschlagen könnte ein Anstieg der Unternehmensinvestitionsquote um 1 Prozentpunkt – also eine Rückkehr zu ihrem langfristigen Mittelwert – das Potenzialwachstum über längere Zeit um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte erhöhen.[2]

Grafik 1.1.1: Unternehmensinvestitionen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Macrobond.

Investitionstätigkeit im Mittelstand stagniert

Eine nachhaltige Aufbruchsstimmung sucht man bei den Unternehmensinvestitionen jedoch vergebens. Das trifft umso mehr auf die mittelständischen Unternehmen zu. Die Bereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Investitionsvorhaben anzugehen, verharrt seit Jahren auf niedrigem Niveau. Der Anteil

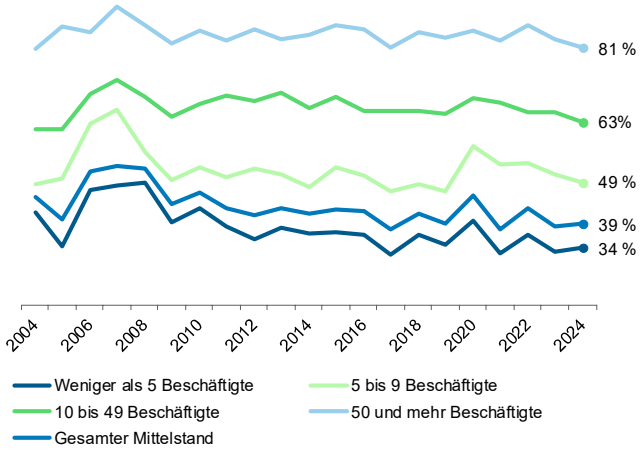
[1] 54 % im Jahr 2025. Daneben war der Staat für 30 % der Investitionen verantwortlich und 16 % entfielen auf private Wohnbauten.

[2] Berechnung auf Basis eines einfachen neoklassischen Wachstumsmodells, parametrisiert auf die deutsche Volkswirtschaft.

von Unternehmen mit Investitionsprojekten lag zuletzt bei 39 %.

Grafik 1.1.2: Anteil Mittelständler mit Investitionen nach Größenklassen

Größenklassen nach Vollzeitäquivalent-Beschäftigten

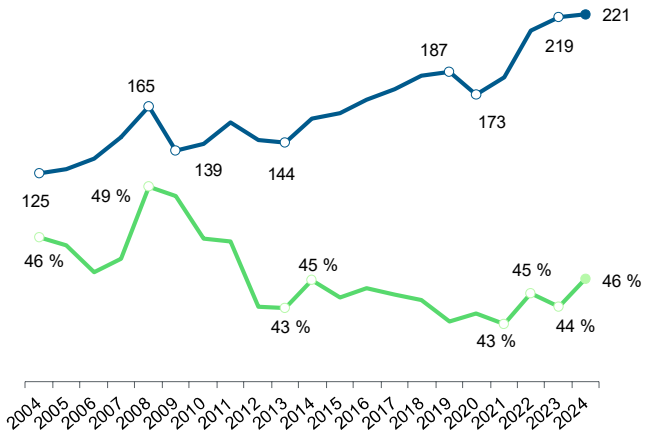


Quelle: KfW-Mittelstandspanel.

In Summe nahmen die (nominalen) Investitionen der mittelständischen Unternehmen in neue Anlagen und Bauten (Bruttoanlageinvestitionen) im Jahr 2024 um rund 2 Mrd. EUR bzw. 1,1 % zu, was real allerdings ein Rückgang um 1,4 % bedeutet. Damit beliefen sich die Neuinvestitionen im Mittelstand auf rund 221 Mrd. EUR. Dies wiederum entspricht einem Anteil des Mittelstands an allen Unternehmensinvestitionen von zuletzt 46 %.

Grafik 1.1.3: Neuinvestitionen im Mittelstand

Blaue Linie: Volumen in Mrd. EUR (nominal), grüne Linie: Anteil des Mittelstands an den gesamten Unternehmensinvestitionen

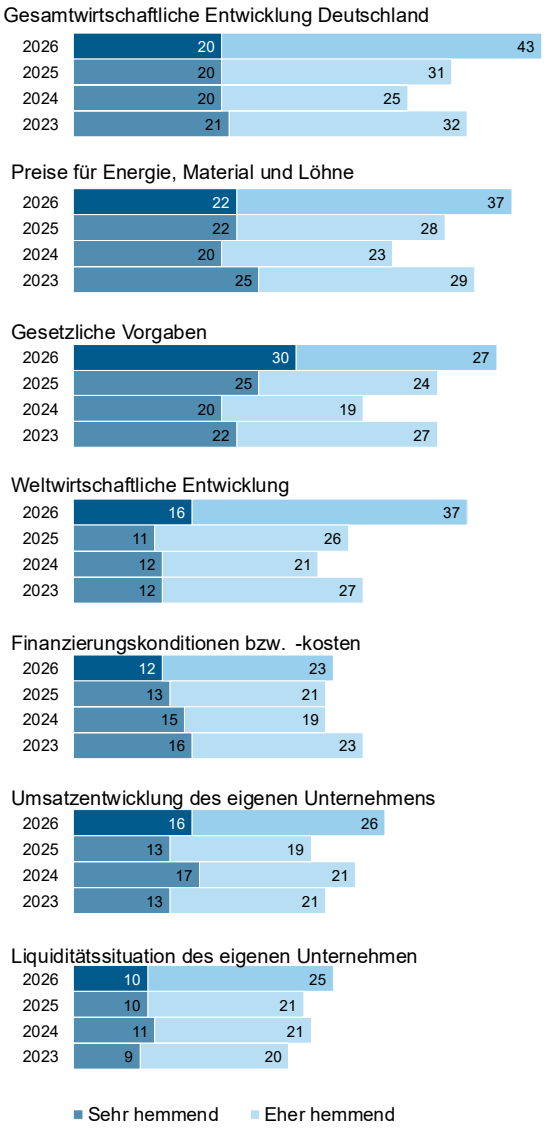


Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2025, Statistisches Bundesamt (VGR-Rechenstand: August 2025).

Die in der Gesamtsicht eher stagnierenden Investitionsvolumen gehen dabei auf das Verhalten der größeren Mittelständler zurück. Bereits seit etwa zehn Jahren hat sich deren Entwicklung von den kleineren Größenklassen im Mittelstand abgekoppelt. Oder anders ausgedrückt: Eine stärkere Investitionstätigkeit im Mittelstand (gemessen am eingesetzten Volumen) wird durch eine schon länger bestehende Zurückhaltung der größeren KMU gebremst.

Grafik 1.1.4: Hemmnisse der mittelständischen Investitionstätigkeit

Anteile in Prozent



Anmerkungen: Die Frage lautete „Wie wirken sich die folgenden grundlegenden Faktoren auf die Investitionstätigkeit Ihres Unternehmens aktuell – zu Beginn des Jahres 2026 – aus?“. Faktoren mit sehr geringer Nennungshäufigkeit sind hier nicht aufgeführt.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel Januar 2026.

Investitionshemmnisse

Laut Befragungen im Mittelstand hält besonders ein Dreiklang von Hemmnissen die Unternehmen von Investitionen ab: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, das Preisniveau für Material, Energie und Löhne sowie gesetzliche Vorgaben. Hier spiegelt sich zum einen die noch immer schwierige konjunkturelle Lage wider aber auch die gedämpften langfristigen Wachstumsperspektiven. Trotz einer relativ hohen Exportorientierung der deutschen Volkswirtschaft ist die Binnennachfrage für die Absatzaussichten und

damit auch für die Investitionsmotivation der Unternehmen entscheidend.[3] Dies gilt nicht nur für den Mittelstand, denn auch in anderen Unternehmensbefragungen wird das makroökonomische Umfeld oder die Nachfrageentwicklung neben den Standortfaktoren Bürokratie, Kosten und die Fachkräfteverfügbarkeit als eines der größten Investitionshemmnisse eingeordnet.[4]

Handlungsempfehlungen

Während die öffentlichen Investitionen direkt politisch steuerbar sind, lassen sich Unternehmensinvestitionen deutlich schwieriger beeinflussen. Investitionen sind unternehmensindividuelle Entscheidungen, die auf Basis betriebswirtschaftlichen Überlegungen getroffen werden. Vereinfacht gesagt: ein Unternehmen investiert, wenn die erwarteten Rückflüsse der Investition die Investitionskosten übersteigen.[5] Dabei ist zu beachten, dass Unternehmen Investitionsentscheidungen unter Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Entwicklung treffen müssen und diese ihre Investitionsentscheidungen beeinflussen.[6] Gleichzeitig spielt auch die Verfügbarkeit sowie die Konditionen von Finanzierungsmitteln eine maßgebliche Rolle.

Entsprechend dieser Logik können wir mehrere Determinanten von Unternehmensinvestitionen ableiten, diese umfassen (1) die Nachfrage- und Marktaussichten, (2) die effektiven Investitionskosten (d. h. Anschaffungs-(neben-)kosten, Kapitalkosten etc.), (3) den Zugang zu Finanzierungsmitteln, (4) Planungssicherheit sowie (5) komplementäre Faktoren (verfügbare Fachkräfte, Genehmigungsdauern, Infrastrukturqualität und Regulierungsbelastung, welche die Umsetzbarkeit und Geschwindigkeit von Investitionen beeinflussen).

Auf Basis dessen, sowie unter Berücksichtigung der oben genannten aktuell wichtigsten Hemmnisse von Unternehmensinvestitionen in Deutschland leiten wir folgende Handlungsempfehlungen zur Belebung der Investitionstätigkeit ab:

☞ **Impuls durch komplementäre öffentliche Investitionen geben.** Die Unternehmensbefragungen zeigen, dass es für eine Belebung der Investitionstätigkeit vor allem einer Besserung des makroökonomischen Umfelds einschließlich der Absatzaussichten bedarf. Zuversicht bezüglich einer guten konjunkturellen Situation, verbunden mit positiven Absatzerwartungen für das eigene Unternehmen sind Haupttreiber für Investitionen. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen sind derzeit jedoch überwiegend negativ und die Produktionskapazitäten unterausgelastet, was erfahrungsgemäß die Investitionstätigkeit belastet.

Für eine Belebung der Investitionstätigkeit in Deutschland ist – neben angebotsseitigen Strukturreformen – daher ein Nachfrageimpuls nötig. Die mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität ermöglichte staatliche Investitionsoffensive kann hier als Initialzündung dienen. Wichtig ist vor diesem Hintergrund aber ein schnellerer Abfluss der Investitionsmittel sowie die Sicherstellung, dass Investitionen zusätzlich zum Kernhaushalt erfolgen (siehe Kapitel 1.2).

☞ **Finanzielle Investitionsanreize setzen.** Die theoretische und empirische Literatur belegt, dass die Investitionstätigkeit von Unternehmen auf Änderungen der Kapitalnutzungskosten reagiert.[7] Steuersenkungen, Änderungen von Abschreibungsmodalitäten und Investitionszuschüssen / -prämien können die Kapitalnutzungskosten – über unterschiedliche Kanäle – reduzieren und sind daher vielfach diskutierte und angewandte Instrumente zur Stimulierung unternehmerischer Investitionstätigkeit.[8] Aber die konkrete Ausgestaltung ist entscheidend: die entsprechenden Maßnahmen sollten planungssicher, zeitlich ausreichend lang angelegt und möglichst einfach administrierbar sein, um Unsicherheiten zu reduzieren und Mitnahmeeffekte zu begrenzen.

Im Sommer des Jahres 2025 hat die Bundesregierung mit dem Investitionssofortprogramm („Investitionsbooster“) ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Unternehmensinvestitionen auf den Weg gebracht, welches

[3] Dies gilt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, wo nur jedes fünfte Unternehmen direkt Umsätze im Ausland erzielt: Vgl. Abel-Koch, J. (2025): KfW-Internationalisierungsbericht 2025, KfW Research.

[4] Vgl. für eine Übersicht der Befragungsergebnisse: Scheuermeyer, P. (2025): Investitionsentwicklung in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Fokus Volkswirtschaft 485, KfW Research.

[5] Gemäß der Theorie treffen Unternehmen Investitionsentscheidungen, indem sie den erwarteten Kapitalwert künftiger Cashflows eines Projekts (unter Berücksichtigung von Anpassungskosten) mit den Nutzerkosten des Kapitals vergleichen. Investitionen erfolgen, wenn der erwartete Ertrag die risiko- und steuerbereinigten Kapitalkosten übersteigt. Vgl. Jorgenson, D.W. (1963): Capital theory and investment behavior, The American Economic Review 53(2), S. 247–259. In der Praxis fällt allerdings nicht jedes Unternehmen seine Investitionsentscheidung auf Basis komplexer Investitionsrechnungen. Insbesondere kleine Unternehmen treffen Investitionsentscheidungen eher intuitiv – die Erfahrungen des Inhabers / Geschäftsführers können hierbei eine große Rolle spielen. Vgl. Schwartz, M. (2021): Warum Unternehmen (nicht) investieren, Fokus Volkswirtschaft 357, KfW Research.

[6] Vgl. Dixit A. und R. Pindyck (1994): Investment Under Uncertainty, Princeton University Press.

[7] Vgl. Jorgenson, D.W. (1963): Capital theory and investment behavior, The American Economic Review 53(2), S. 247–259; Büttner, T. et al. (2015): Rahmenbedingungen für private Investitionen in Deutschland, IMPULS-Stiftung; Dwenger, N. (2014): User cost elasticity of capital revisited, Economia 81, S. 161–186; Büttner, T. und A. Hönig (2011): Investment and firm-specific cost of capital: Evidence from firm-level panel data, TaxFACTs Schriftenreihe 2011-05.

[8] Vgl. Boie-Wegener, M. et al. (2024): Die fiskalische Wirkung von Steuersatzsenkungen, Abschreibungsvergünstigungen und Investitionsprämien in Krisenzeiten – Eine quantitative Analyse in Bezug auf deutsche Kapitalgesellschaften, ZEW Expert Brief 24-02.

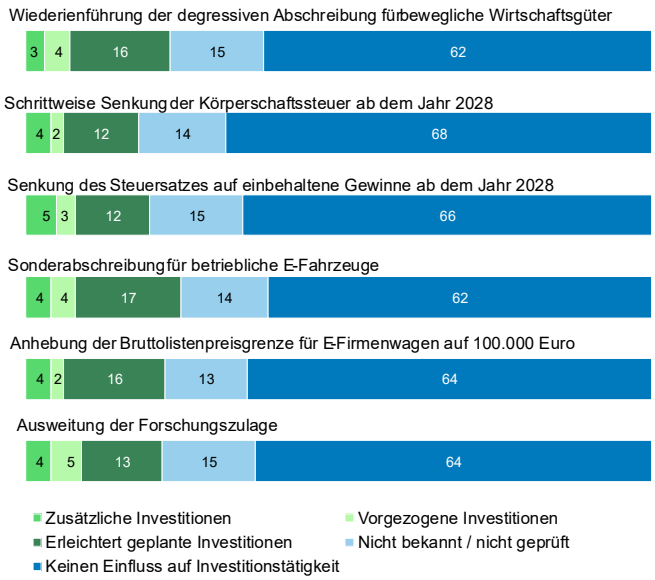
insbesondere auf den beiden zuerst genannten Instrumenten aufsetzt.[9] So beginnt ab dem Jahr 2028 eine schrittweise Senkung des Körperschaftsteuersatzes um jeweils einen Prozentpunkt pro Jahr, von aktuell 15 auf 10 % im Jahr 2032.

Auch wenn eine Vielzahl empirischer Studien zeigt, dass Körperschaftsteuersenkungen reale Investitionen durchaus anregen können,[10] so profitieren von einer Steuersatzsenkung alle steuerpflichtigen und profitablen Unternehmen, unabhängig davon, ob sie investieren oder Gewinne ausschütten – sie weisen also nur eine begrenzte Zielgenauigkeit auf. Gleichzeitig kann von Steuersatzsenkungen aber eine positive Signalwirkung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ausgehen und ausländische Direktinvestitionen attrahieren.[11] Angesichts der im internationalen Vergleich hohen Steuerbelastung von Unternehmen in Deutschland ist dies grundsätzlich ein richtiger Schritt. Sie gehen jedoch mit hohen fiskalischen Kosten einher.[12] Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel gilt es entsprechend künftig zu überprüfen, ob die Absenkung der Körperschaftssteuer tatsächlich die gewünschten Wachstumsimpulse setzt.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Investitionssofortprogramms ab dem 1. Juli 2025 eine degressive Abschreibung (AfA) in Höhe von 30 % eingeführt – anwendbar für Investitionen, die bis zum 1. Januar 2028 getätigt werden. Im Vergleich zu allgemeinen Steuersatzsenkungen handelt es sich hierbei um ein deutlich zielgerichteteres Instrument, da ausschließlich tatsächlich investierende Unternehmen profitieren. Die investitionsstimulierende Wirkung der degressiven Abschreibung ist empirische grundsätzlich gut belegt.[13] Die Entlastungswirkung der Abschreibungserleichterung hängt jedoch in einem nicht unerheblichen Maße von der Ausgestaltung der steuerlichen Verlustverrechnung ab.[14]

Grafik 1.1.5: Folgen des „Investitionsboosters“ für die Investitionstätigkeit im Mittelstand

Anteile in Prozent



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel Januar 2026.

Um Planungssicherheit, insbesondere für langfristige Projekte, zu gewährleisten, sollte die Bundesregierung frühzeitig über den weiteren steuerpolitischen Kurs entscheiden.[15] Zu berücksichtigen ist dabei, dass eine repräsentative Befragung mittelständischer Unternehmen zu Beginn des Jahres 2026 bislang nur einen sehr überschaubaren Effekt des Investitionssofortprogramms erkennen lässt (Grafik 1.1.5) und besonders die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen am Ende von 2025 enttäuscht hat.[16]

Wir empfehlen, bei Entscheidungen zur Verlängerung oder Verstetigung der im Rahmen des Investitionssofortprogramms beschlossenen Maßnahmen das System der Unternehmensbesteuerung in Deutschland gesamthaft in den Blick zu nehmen und zu prüfen, inwieweit das System dauerhaft investitions- und

[9] Vgl. BMF (2025): Investitionssofortprogramm Deutschland: Mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Monatsbericht August.

[10] Zum Beispiel: Link, S. et al. (2024): Downward Revision of Investment Decisions after Corporate Tax Hikes, American Economic Journal: Economic Policy 16(4), S. 194–222; Dobbins, L. und M. Jacob (2016): Do corporate tax cuts increase investments? Accounting and Business Research 46(7), S. 731–759.

[11] Vgl. Feld, L.P. und J.H. Heckemeyer (2011): FDI and Taxation: A Meta-Study, Journal of Economic Surveys 25(2), S. 233–272.

[12] Beispielsweise hat die historisch große Unternehmenssteuersenkung in den USA im Jahr 2017 zwar in erheblichem Ausmaß Investitionen angeregt, aber gleichzeitig auch das Staatsdefizit substanziell und anhaltend erhöht. Die empirische Erfahrung spricht damit gegen die These, dass sich Unternehmenssteuersenkungen über Wachstumseffekte selbst finanzieren können. Vgl. Chodorow-Reich, G. et al. (2024): Lessons from the Biggest Business Tax Cut in US History, Journal of Economic Perspectives 38(3), S. 61–88.

[13] Zum Beispiel: House, C.L. und M.D. Shapiro (2008): Temporary Investment Tax Incentives: Theory with Evidence from Bonus Depreciation, American Economic Review 98(3), S. 737–768; Zwick, E. und J. Mahon (2017): Tax Policy and Heterogeneous Investment Behavior, American Economic Review 107(1), S. 217–248; Ohrn, E. (2018): The Effect of Corporate Taxation on Investment and Financial Policy: Evidence from the DPAD, American Economic Journal: Economic Policy 10(2), S. 272–301; Ohrn, E. (2019): The Effect of Tax Incentives on U.S. Manufacturing: Evidence from State Accelerated Depreciation Policies, Journal of Public Economics 180, 104084.

[14] Vgl. Boie-Wegener, M. et al. (2024): Die fiskalische Wirkung von Steuersatzsenkungen, Abschreibungsvergünstigungen und Investitionsprämien in Krisenzeiten – Eine quantitative Analyse in Bezug auf deutsche Kapitalgesellschaften, ZEW Expert Brief 24-02.

[15] Gallemore, J. et al. (2025) zeigen am Beispiel des Tax Cuts and Jobs Act in den USA (2017), dass die Investitionswirkung von Steuersatzsenkungen in erheblichem Ausmaß davon abhängt, ob Unternehmen ein auch langfristig unternehmensfreundliches steuerpolitisches Umfeld erwarten: vgl. Gallemore, J. et al. (2025): Tax Policy Expectations and Investment, Journal of Accounting Research 63, S. 363–412.

[16] Vgl. Scheuermeyer, P. (2026): Investitionsmonitor – Frühjahr, KfW Research.

innovationsfreundlicher gestaltet werden kann.[17] Dies sollte vor dem Hintergrund der vorhandenen fiskalischen Spielräume erfolgen.

Angesichts der bisher nur verhaltenen Resonanz auf das Investitionssofortprogramm und der drohenden Investitionszurückhaltung aufgrund der Verunsicherung durch den Iran-Krieg empfehlen wir die Möglichkeit zeitlich befristeter, zielgerichteter Investitionszuschüsse/-prämien als ergänzendes Instrument zu prüfen. Insbesondere gilt das für klar definierte Transformationsbereiche wie Klimainvestitionen und Digitalisierung, in denen die gesellschaftlichen Erträge einzelbetrieblicher Investitionen besonders hoch sind. Investitionsprämien gelten in der Literatur als besonders zielgerichtete Maßnahme, da sie unmittelbar an tatsächliche Investitionsausgaben anknüpfen und unabhängig von der aktuellen Ertragslage der Unternehmen gewährt werden können. Sie erreichen damit auch Unternehmen, die aufgrund von Verlustvorträgen oder geringer Steuerbasis zunächst nicht von Steuersatzsenkungen oder beschleunigten Abschreibungen profitieren würden.[18]

Dies ist insbesondere in konjunkturellen Schwächephasen von Bedeutung, in denen viele Betriebe nur geringe Gewinne oder Verluste ausweisen. Befristete Investitionsprämien können zudem – ähnlich wie temporäre Sonderabschreibungen – als Beschleuniger wirken, indem sie einen Anreiz setzen, Investitionsprojekte in einen klar definierten Förderzeitraum vorzuziehen und so kurzfristig zusätzliche Nachfrage- und Modernisierungsimpulse zu erzeugen.[19] Gleichzeitig sind aber die Grenzen und Risiken dieses Instruments und Komplementarität zum bestehenden Förderangebot zu berücksichtigen. Eine hohe Zielgenauigkeit von Investitionsprämien geht mit einem erheblichen administrativen Aufwand einher: Es bedarf formalisierter Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie wirksamer Missbrauchsverhinderungsmaßnahmen.[20]

☞ **Zugang zu Finanzierungsmitteln sichern.** Die Verfügbarkeit und Konditionen von Finanzierungsmitteln haben einen nicht unerheblichen Einfluss auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Obgleich die Innenfinanzierung die zentrale Säule der Unternehmensfinanzierung bildet – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen[21] – ist der Zugang zu externen Finanzierungsmitteln für die finanzielle Flexibilität sowie für großvolumige Investitionsvorhaben unverzichtbar. Ein offener Zugang zu externen Finanzierungsmitteln in Form von Fremdkapital (z. B. Krediten von Banken und Sparkassen oder Anleihen), Eigenkapital (z. B. Beteiligungskapital) oder Mezzanine-Kapital (z. B. Nachrangdarlehen) ist für Unternehmen daher essenziell, notwendige Investitionen zu tätigen. Dies gilt umso mehr im aktuell schwierigen konjunkturellen Umfeld, welches sich negativ auf die Verfügbarkeit von internen Mitteln auswirkt.

Neben strukturellen Herausforderungen kleiner Unternehmen beim Zugang zu externem Kapital, prägt derzeit auch ein restriktives Kreditvergabeverhalten der Banken das Finanzierungsumfeld. Zusätzlich stellen insbesondere Investitionen in Innovationen[22], Digitalisierung[23] und den Klimaschutz[24] herkömmliche Finanzierungsmodelle vor spezifische Herausforderungen: Oft fehlen physische Sicherheiten, die Amortisationszeiträume sind lang oder die technologischen Risiken für klassische Kreditgeber schwer kalkulierbar.

Hieraus ergeben sich verschiedene wirtschaftspolitische Ansatzpunkte zur Verbesserung des Zugangs von Unternehmen zu externem Kapital. Diese umfassen insbesondere die Überprüfung und strategische Weiterentwicklung der Förderlandschaft in Deutschland entlang der Säulen Eigenkapital, Mezzanine-Kapital und Fremdkapital.[25]

Öffentliche Förderung sollte dabei gezielt Angebotslücken adressieren – insbesondere in den Investitionsfeldern, in denen private Akteure sich zurückhalten.

[17] Empirische Studien belegen, dass von Änderungen im System der Unternehmensbesteuerung positive Wachstumsimpulse ausgehen können: Vgl. Christl, M. und M. Köppl-Turyna (2026): Competitiveness of the tax system and economic growth, GLO Discussion Paper 1754. Reformvorschläge werden u.a. hier diskutiert: Sachverständigenrat Wirtschaft (2025): Jahresgutachten 2025/2026, Kapitel 4.

[18] Vgl. Boie-Wegener, M. et al. (2024): Die fiskalische Wirkung von Steuersatzsenkungen, Abschreibungsvergünstigungen und Investitionsprämien in Krisenzeiten – Eine quantitative Analyse in Bezug auf deutsche Kapitalgesellschaften, ZEW Expert Brief 24-02.

[19] Vgl. dazu auch Fichtner, F., Junker, S. und C. Michelsen (2025): Zur Bundestagswahl: Wie die Parteien die Investitionstätigkeit ankurbeln wollen, Wirtschaftsdienst 105(2), S. 104–111.

[20] Vgl. Boie-Wegener, M. et al. (2024): Die fiskalische Wirkung von Steuersatzsenkungen, Abschreibungsvergünstigungen und Investitionsprämien in Krisenzeiten – Eine quantitative Analyse in Bezug auf deutsche Kapitalgesellschaften, ZEW Expert Brief 24-02; Bach, S. (2025): Investitionsbooster: Signal für den Wirtschaftsstandort, aber soziale Schieflage und unsichere Wachstumswirkungen. Stellungnahme zu Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD „Entwurf eines Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“, BT-Drs. 21/323; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen, Steuerbetrug wirksam bekämpfen und Einnahmebasis des Staates stärken“, BT-Drs. 21/356, für die öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, 23. Juni 2025.

[21] Vgl. Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2025): KfW-Mittelstandspanel 2025, KfW Research.

[22] Vgl. Zimmermann, V. (2025): Innovationshemmnisse in mittelständischen Unternehmen, Fokus Volkswirtschaft 513, KfW Research.

[23] Vgl. Zimmermann, V. (2022): Vielfältige Hemmnisse bremsen die Digitalisierung im Mittelstand, Fokus Volkswirtschaft 380, KfW Research.

[24] Vgl. Gerstenberger J., Grewenig E. und V. Lo (2023): Vielfältige Hemmnisse bremsen Klimaschutzinvestitionen im Mittelstand, Fokus Volkswirtschaft 440, KfW Research.

[25] Für konkrete Empfehlungen siehe Kapitel 2.2, Kapitel 4.1 und 4.2.

Gleichzeitig gilt es mithilfe der öffentlichen Mittel auch privates Kapital zu mobilisieren. Der Ende 2025 gestartete Deutschlandfonds bietet hierfür einen geeigneten Rahmen.[26]

☞ **Bürokratie abbauen.** Vor dem Hintergrund begrenzter fiskalischer Spielräume sollte die Wirtschaftspolitik insbesondere an jenen Stellschrauben ansetzen, die Unternehmensinvestitionen mit möglichst geringen Haushaltsbelastungen und Mitnahmeeffekten anregen. Dazu zählt insbesondere ein Abbau der Bürokratiebelastung, die laut Unternehmensbefragungen zu den größten Investitionshemmnissen zählt. Impulse könnten etwa durch eine großangelegte Vereinfachung oder Reduktion von staatlichen Regulierungen und Berichtspflichten auf nationaler und europäischer Ebene gegeben werden.[27]

Die im Juli 2026 vom Koalitionsausschuss getroffenen Beschlüsse zum Abbau von Berichts- und Dokumentationspflichten wären hier bei vollständiger Umsetzung ein sehr großer Schritt. Im internationalen Vergleich stechen außerdem überdurchschnittlich langdauernde Genehmigungsverfahren in Deutschland besonders negativ hervor,[28] weshalb Initiativen wie der Bau-Turbo oder das Infrastruktur-Zukunftsgesetz sehr zu begrüßen sind und auf weitere Bereiche ausgeweitet werden sollten.[29]

Schließlich sollten vor allem die durch EU-Regelungen entstehenden Kosten reduziert werden. Beispielsweise hat die Umsetzung von zwei EU-Richtlinien laut Berechnung des Normenkontrollrats den Erfüllungsaufwand für die deutsche Wirtschaft seit Sommer 2025 um fast 4 Mrd. EUR nach oben katapultiert und somit alle Abbaubemühungen seit Ende 2023 konterkariert.[30] Für eine kosteneffizientere Gesetzgebung muss sich die Bundesregierung einerseits in der EU stark machen. Andererseits ist aber auch die möglichst schlanke Umsetzung der Richtlinien in Deutschland entscheidend, während in der Vergangenheit häufig eine Vergoldung von EU-Regelungen durch zusätzliche Anforderungen Probleme bereitet hat. [31]

Neben der materiellen Rechtslage ist die Effizienz der Verwaltungspraxis ebenso entscheidend: Ein zuverlässiger, schneller und digitalisierter Vollzug sind dabei besonders wichtig. Konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen umfassen die konsequente Digitalisierung und Standardisierung von Genehmigungsprozessen („One-Stop-Shop“-Prinzip), um Verfahren zu beschleunigen und transparenter zu gestalten.

Zweitens sollten gesetzliche Fristen für behördliche Entscheidungen verbindlich eingeführt und durch „Genehmigungsfiktionen“ ergänzt werden, sodass Anträge bei Fristüberschreitung automatisch als bewilligt gelten. Drittens könnte ein zentraler Datenabruf durch Behörden (Once-Only-Prinzip) redundante Informationspflichten reduzieren.[32] Zuletzt sollten Dokumentationspflichten an geeigneten Stellen mit stichprobenartigen Kontrollen ersetzt werden, um die Kosten der Unternehmen für die Bereitstellung von Informationen zu reduzieren.[33] Die Koalitionsbeschlüsse vom Juli 2026 sind vor diesem Hintergrund sehr zu begrüßen und sollten zeitnah umgesetzt werden. Neben dem darin angestrebten Schwenk zu einer stärker risikoorientierten und weniger berichtsorientierten Aufsicht, ist insbesondere die geplante Ausweitung der Genehmigungsfiktion auf eine Prüffrist von nur noch vier Monaten ein sinnvolles Ziel, das auch auf Länderebene übernommen werden sollte.

☞ **Kostenniveau reduzieren.** Ein für die Politik besonders schwer zu beeinflussendes Investitionshemmnis ist das Kostenniveau. Während wir für die Reduktion der Energiekosten in einem eigenen Kapitel Vorschläge liefern (siehe Kapitel 2.1), gilt das insbesondere für die Arbeitskosten. Hier sollte die Politik vor allem den Anstieg der Lohnnebenkosten senken.

Im internationalen Vergleich sind sowohl die direkten Arbeitskosten als auch die produktivitätsgewichteten Lohnstückkosten in Deutschland hoch: Mit 45 EUR je Stunde lagen die Arbeitskosten in Deutschland 2025 branchenübergreifend im oberen Viertel der EU-Länder und deutlich über dem EU-Durchschnitt von 34,9 EUR.[34] Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist,

[26] Vgl. BMWE (2025): Deutschlandfonds – Impulse für private Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit.

[27] Vgl. Draghi, M. (2024): The future of European competitiveness Part B | In-depth analysis and recommendations, S. 317ff.

[28] Vgl. Scheuermeyer, P. (2025): Die klassischen Standortfaktoren: Arbeitskosten, Steuern, Bürokratie, in: KfW Research (Hrsg.): Wettbewerb(sfähigkeit) neu denken: Deutschlands Industrie am Scheideweg, S. 29–32.

[29] Vgl. Nationaler Normenkontrollrat (2025): Einfach, schnell, wirksam – Den Staat neu gestalten,Jahresbericht.

[30] Es handelt sich um die „NIS-2-Richtlinie“ mit einem jährlichen Erfüllungsaufwand von 2,3 Mrd. EUR sowie die Richtlinie 2022/2464 zur Nachhaltigkeitsberichterstattung mit einem Aufwand von rund 1,7 Mrd. EUR. Vgl. Normenkontrollrat (2026): NKR – Kostenfolgen – Erfüllungsaufwand im Zeitverlauf, http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Erfuellungsaufwand/tabelle_1_april_2026.html [Zugriff 19.05.2026].

[31] Vgl. Eckhardt, P. (2025): Gold-Plating von EU-Recht: Strategien zur Begrenzung oder Vermeidung von unerwünschtem Gold-Plating, cepStudie 7.

[32] Vgl. Sachverständigenrat Wirtschaft (2025): Jahresgutachten 2025/2026, Kapitel 7.

[33] Vgl. Schmidt, K. (2024): Ergebnisorientierte Bürokratie gestalten, ifo Schnelldienst 11/2024.

[34] Vgl. Eurostat (2026): Labour cost levels by NACE Rev. 2 activity, ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lc_lci_lev/ [Zugriff: 19.05.2026].

liegen sie nach Berechnung des IW-Kölns unter 28 Industrieländern sogar am dritthöchsten.

Das Euro-Ausland konkurriert im Durchschnitt mit um 24 % geringeren Arbeitskosten in der Industrie und in Italien und Spanien liegen die industriellen Arbeitskosten nur in etwa auf der Hälfte des deutschen Niveaus. Zwar ist hierzulande auch die Produktivität hoch, den Kostennachteil kann das allerdings nur teilweise ausgleichen. Auch bei den industriellen Lohnstückkosten rangiert Deutschland nach den IW-Berechnungen deutlich über dem Durchschnitt der Vergleichsgruppe, der um 18 % unter dem deutschen Niveau liegt.[35]

Auch wenn hohe Lohnstückkosten in Deutschland bei weitem kein neues Phänomen sind,[36] werden sie laut den Unternehmensbefragungen derzeit als wesentliches Investitionshemmnis wahrgenommen. Lohnverhandlungen, inklusive der die Arbeitskosten beeinflussenden Komponenten wie Wochenstunden oder Urlaubstage, sind jedoch Sache der Tarifparteien und politisch aus gutem Grund kaum steuerbar. Die Bundesregierung muss daher primär bei den Lohnnebenkosten ansetzen – wobei es insbesondere gilt den zusätzlichen Aufwärtsdruck durch die demografische Alterung zu bremsen.

Neben Maßnahmen für mehr Effizienz in den Sozialsystemen, die teilweise auch schon im Rahmen der GKV-Reform angestoßen wurden, ist eine konsequente Verlagerung versicherungsfremder Leistungen von den Sozialversicherungen in den Bundeshaushalt ein relevanter Hebel.[37] Zwar würde hierdurch der Bundeshaushalt zusätzlich belastet. Bei ihrer Finanzierung über Steuern oder Ausgabenkürzungen dürfte es im Haushalt jedoch mehr Möglichkeiten für eine investitionsfreundliche Ausgestaltung als bei den direkt in die Lohnkosten eingehenden Sozialversicherungsbeiträgen geben. Auch wenn der Spielraum im Haushalt für eine Senkung der Lohnnebenkosten durch Verlagerungen zu gering ist, sollte so zumindest der Anstieg gebremst werden.

Ein weiterer politischer Hebel liegt beim Umgang mit dem Kostendruck aus China. Zwar fehlen zuverlässige Daten zur Entwicklung der chinesischen Lohnstückkosten, eine deutliche Erosion der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China lässt sich aber an Indikatoren wie den Exportpreisen und dem realen Wechselkurs ablesen.[38] Insofern es sich bei den zeitweisen deflationären Tendenzen in China um Auswirkungen von durch staatliche Subventionen verursachte Überkapazitäten handelt, ist auch ein Ausgleich der Kostenunterschiede über Zölle zu erwägen (vgl. Kapitel 5.2). Der Kostendruck auf dem EU-Binnenmarkt könnte so verringert werden. Abzuwägen ist dies jedoch mit den Nachteilen, die auf Drittmärkten durch höhere Kosten für in Europa verarbeitete Vorprodukte aus China entstehen.

[35] Vgl. Schröder, C. (2025): Lohnstückkosten im internationalen Vergleich: Kostenwettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in Zeiten großer Verunsicherung, IW-Trends 2/2025.

[36] Im Zeitraum von 2018 bis 2024 etwa sind die Lohnstückkosten der deutschen Industrie um 18 Prozent gestiegen und auch im Ausland nahmen sie um rund ein Fünftel zu. Die relative Lohnstückkostenposition innerhalb der etablierten Industrieländer hat sich also kaum verändert – Daten zu China liegen allerdings wohlgemerkt nicht vor. Vgl. ebd.

[37] Dazu gehören bspw. aus der Rentenkasse finanzierte Leistungen für Kindererziehungszeiten oder die kostenlose Mitversicherung von Kindern oder Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung. Nach Berechnung der Deutschen Rentenversicherung überstiegen die nicht beitragsgedeckten Leistungen die Bundeszuschüsse im Jahr 2023 etwa um rund 40 Mrd. EUR. Vgl. Deutsche Rentenversicherung (2024): Nicht beitragsgedeckte Leistungen und Bundeszuschüsse 2023.

[38] Auch die schlechte Exportperformance Deutschlands trotz kaum veränderter Lohnstückkostenposition innerhalb der etablierten Industrieländer spricht u. a. für eine große Rolle des Kostendrucks aus China. Vgl. Schröder, C. (2025): Lohnstückkosten im internationalen Vergleich: Kostenwettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in Zeiten großer Verunsicherung, IW-Trends 2/2025.